

# Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Preisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

**Bezugspreis** für Post und Stadt freiheimend, Ostzweig halbjährl. 2.10. Postbez. monatl. 16 Cpf., Sonnabends 25 Cpf., Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 664. Geschäftsstelle: Härtelstraße 4; Zweigstelle Götthardstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg, im Juli 1906. Gew. (Ereign. u. s.) besteht d. Anpr. a. Liefer. od. Rückrecht.



**Anzeigenpreis** für den achteckigen Millimeterraum 7 Goldpfennige, im Reklameteil 28 Goldpf.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpf. Klaffling. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 165

Mittwoch, den 16. Juli 1924

164. Jahrgang

## Regierungspläne zum Gutachten.

### Ein neues Ermächtigungsgesetz!

Ueber die gegenwärtige Lage in bezug auf die deutsche Stellung zur Londoner Konferenz und die deutschen Voraussetzungen verlaufen folgende Einzelheiten:

Die Reichsregierung will offenbar nicht nur dem Reichstage die Gesetze zum Sachverständigengutachten ohne jede Rücksicht auf den Verlauf der politischen Verhandlungen von London und nur nach Maßgabe des Willkürs der Arbeiter der Organisationsausschüsse vorlegen, sondern sie will gleichzeitig dem Reichstag ein Mandatgesetz zugehen lassen, das die Regierung ermächtigen soll, freigeht, die nicht ohne sachverständigen Gutachten zusammenhängen und die nicht ohne Zustimmung der Erbprinzen der Rheinlandkommission geklärt werden können, aus eigener Willkür gesamtartig zu regeln, sobald die notwendigen Befugnisse und Maßnahmen von der Gegenseite vorliegen. Die Regierung will also die Befugnisse der Schlichter bei der Durchführung des Dawes-Planes, die nicht von uns fordern selbstverständlich aus politischen Gründen von Herrick und Macdonald herbeigeführt sind, ihrerseits dadurch noch erleichtern, daß sie der Gegenseite zunächst formal sehr weit entgegenkommt. Das soll offenbar ohne Berücksichtigung der Willigen, auch vom Reichstag ausgehenden Veränderungen der politischen Lage seit der Pariser Konferenz geschehen.

Die Londoner Konferenz sollte ursprünglich die Aufgabe haben, die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für die Durchführung des Sachverständigengutachtens durch die Ententestaaten zu schaffen und formal das Sachverständigengutachten auf Grund von Verhandlungen mit der deutschen Regierung in den Gang zu setzen. Das Kommando über die Pariser Verhandlung hat demgegenüber die Lage folgendermaßen verändert:

Die Londoner Verhandlung ist heute eine allgemeine Prüfungnahme der an der Durchführung der Reparationen interessierten Staaten ohne Deutschland, wobei nach dem von französischer Seite getroffenen Vorbereitungen je nach dem Ergebnis der Vorverhandlungen und der Ausführgestaltungen politisch und wirtschaftliche Fragen durch einander behandelt und im Interesse der Aufrechterhaltung der Entente und der Wiederherstellung der Pariser Konferenz geklärt werden soll. Solange Deutschland keine Einladung zur Londoner Konferenz erhalten hat, muß man damit sowohl nach den Erklärungen Herricks als auch Macdonalds annehmen, daß das formulierte Ergebnis dieser Verhandlungen der Reparationskommission mitgeteilt werden soll und dann die Reparationskommission auf Grund des Vertrages von Versailles von Deutschland

die Durchführung des Sachverständigengutachtens verlangen und nach ihrem Ermessen die formale Zuteilung regeln soll.

Es würde also dieses Verfahren darauf hinauslaufen, daß Deutschland in diktatorischer Form undweg von der Reparationskommission mitgeteilt wird, daß die Reparationsleistungen nicht mehr auf Grund des Londoner Ultimatus, sondern auf Grund des Sachverständigen-

gutachtens mit allen darin vorgesehenen Kontrollmaßnahmen künftig zu erfolgen hätten, und die deutsche Regierung würde dann auf Grund des Mandatgesetzes die Möglichkeit haben, einen geeigneten Vorwand zur glatten Unterwerfung zu finden. Es würde zwar nach den Erklärungen des Kabinetts Marx die Übertragung der Durchführung des Sachverständigengutachtens an die Reparationskommission eine Verletzung des Rechtsstandes des Vertrages von Versailles darstellen. Das Gutachten kann auch nach Ansicht des letzten Kabinetts nur durch einen neuen Vertrag zur Durchführung gebracht werden, da es eben den Vertrag von Versailles in maßlosen Punkten ändert und fort vorgreift. Unter solchen Umständen ist die Annahme eines Mandatgesetzes in der von der Regierung gedachten Form im Reichstage wahrscheinlich nicht einmal mit einfacher Mehrheit möglich. Jedenfalls hängt diese Frage noch völlig von dem Verlaufe der Londoner Konferenz ab.

Das neue Regierungsprogramm steht in der Presse laienhaften Darstellungen können nicht einmal im Einvernehmen mit den für eine einfache Mehrheit notwendigen Parteien des Reichstages aufgestellt sein. Sollte das Ergebnis der Londoner Konferenz in einer Einigung Frankreichs und Englands über die Kontrollfrage und in einer Verklärung des Einflusses der Reparationskommission bestehen und sollten zunächst sämtliche Deutschland angehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen erklärt bleiben, so ist, wenn sich überhaupt eine Partei im Reichstage finden sollte, die der Regierung irgendwelche Vollmachten für die Durchführung des Sachverständigengutachtens in so einseitiger Form gibt, mit einer

### sehr ersten parlamentarischen Kritik

zu rechnen. Das ist auch die Auffassung maßgebender Mitglieder des Reichskabinetts, wie aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird.

Das bekanntlich den Pariser radikalen Kreisen nachstehende „Deubre“ behauptet, es bestche kein Zweifel daran, daß Deutschland zu der Konferenz zugelassen werden

allerdings erst, wenn die Alliierten sich untereinander geeinigt hätten. „Deubre“ wendet sich gegen ein „unpolitisches Vorgehen“, das Deutschland vollkommen von der Unterhaltung ausschließen würde.

Nach Berlin glauben gut informierte Kreise, die Konferenz dürfte sich bis zum 10. oder 12. August hingehen und drei Monate dauern. Herrick wird eine Aussprache der Premierminister unter gleichzeitiger Inanspruchnahme der Sachverständigenausschüsse erfolgen. Dann wird eine zweite Etappe folgen, die lediglich von Sachverständigen und Ausführgestaltungen ausgefüllt sein wird. Schließlich werden eine neue Veranlassung der alliierten Minister und der Beschlüsse der Reparationskommission mit den deutschen Delegierten stattfinden.

Eine „Verhandlung“ mit Deutschland nach erfolgter Einigung der Entente ist keine Verhandlung, müßte also unerwidert abgelehnt werden.

### Kritik an Macdonald.

In der letzten Unterabteilung kritisierte Außen Chamberlain heftig Macdonalds Verhandlungen mit Herrick in Chequers. In seiner Einladung zur Londoner Konferenz habe Macdonald die Rechtsgültigkeit des Versailles-Vertrages in Frage gestellt, die Autorität der Reparationskommission verungewahrt und Deutschland einen Vorwand zum Zögern und zum Feilschen über die Annahme der Bedingungen des Dawes-Planes geboten.

Mores I (Macdonalds Parteigenosse) erklärte, der Dawesbericht sei mit großer Befürchtung betrachtet worden, daß er eine Enttäuschung bedeute, und diese Befürchtung sei durch die Ereignisse der letzten paar Tage und durch das, was sie im Laufe der Debatte gehört hätten, nicht vermindert worden. Die Zeitung Europa sei durch das Reparatorenprogramm verberührt worden. Eine der bemerkswerthesten Erklärungen in Berlin letzte Woche sei die gewesen, daß er dem französischen Volk versprochen habe, daß man 40 Jahre lang 125 Millionen Pfund Sterling von Deutschland erhalten werde. Das sei ein Sommertraum der gefährlichsten Art, da er Hoffnungen erwecke, die sich nicht erfüllen könnten. Weiter habe er behauptet, daß die ganze Reparationspolitik eine furchtbare Gefahr sei, wenn sie erforderlich wäre, die deutsche Industrie verfallen und dadurch den Ruin für die englische Industrie herbeiführen würde.

### Heute Eröffnung der Konferenz.

Die Londoner Konferenz wird heute vorm. 11 Uhr eröffnet. Die französische Delegation unter Führung Herricks ist gestern auf dem Victoriabahnhof von Macdonald persönlich empfangen worden. Als die Führer der Konferenz sind ausgerufen: für England Macdonald und Snowden, für Amerika Kellogg und Oberk Vogon, für Frankreich Herrick, Clement Marquis della Zucchi, Italien Minister Stepani und Viceschatler Marquis della Zucchi, für Belgien Theunis und Dymans, für Spanien noch die einzelnen Delegierten und die sachverständigen Vertreter. Herrick wird, wie es heißt, mit einer großen Anzahl

militärischer Sachverständiger nach London reisen. Man glaubt daraus klar zu ersehen, daß

### die Frage der rheinischen Eisenbahnen und der militärischen Sachverständigen

in die andere mit Äußerungen hervorgehoben werden sollen. Im Hintergrund stehen als inoffizielle, aber höchst wichtige Persönlichkeiten die Amerikaner Owen Young, Bauführer Morgan, ferner Miller Mellon, der Finanzminister der Vereinigten Staaten, denen sich Staatssekretär Hughes noch beigesellen wird. Eine Reihe von Privatkonferenzen haben vorgelesen sich fortlaufend. Bei dem Zusammentritt der Konferenz werden den Mitgliedern drei Besuche vorgelegt werden, und zwar über

1. die deutsche Goldnotbank,
  2. die Organisation der rheinischen Eisenbahnen,
  3. den Plan der industriellen Schuldverordnungen.
- Die Londoner Konferenz dieser Art ist ein sehr interessantes Ereignis. Auf der amerikanischen Seite wird man sich über die Dauer der Konferenz, die sich über vier Wochen gerechnet werden muß, wenn im zweiten Teil der Verhandlungen deutsche Vertreter zugelassen werden sollten. Die Verhandlungen werden nur in englischer und französischer Sprache geführt und die gehaltenen Reden nur in diese beiden Sprachen übersetzt werden. Auf der amerikanischen Seite wird man sich über die Dauer der Konferenz, die sich über vier Wochen gerechnet werden muß, wenn im zweiten Teil der Verhandlungen deutsche Vertreter zugelassen werden sollten. Die Verhandlungen werden nur in englischer und französischer Sprache geführt und die gehaltenen Reden nur in diese beiden Sprachen übersetzt werden. Auf der amerikanischen Seite wird man sich über die Dauer der Konferenz, die sich über vier Wochen gerechnet werden muß, wenn im zweiten Teil der Verhandlungen deutsche Vertreter zugelassen werden sollten. Die Verhandlungen werden nur in englischer und französischer Sprache geführt und die gehaltenen Reden nur in diese beiden Sprachen übersetzt werden.

### Der amerikanische Standpunkt.

In wohlunterrichteten, der Regierung nachstehenden Kreisen verläutet, daß nach den Intentionen Kelloggs für die Londoner Konferenz dieser Art ist ein sehr interessantes Ereignis. Auf der amerikanischen Seite wird man sich über die Dauer der Konferenz, die sich über vier Wochen gerechnet werden muß, wenn im zweiten Teil der Verhandlungen deutsche Vertreter zugelassen werden sollten. Die Verhandlungen werden nur in englischer und französischer Sprache geführt und die gehaltenen Reden nur in diese beiden Sprachen übersetzt werden. Auf der amerikanischen Seite wird man sich über die Dauer der Konferenz, die sich über vier Wochen gerechnet werden muß, wenn im zweiten Teil der Verhandlungen deutsche Vertreter zugelassen werden sollten. Die Verhandlungen werden nur in englischer und französischer Sprache geführt und die gehaltenen Reden nur in diese beiden Sprachen übersetzt werden.

### Diktat oder Verhandlung?

Die Delegierten der alliierten Länder haben sich, ausgerüstet mit einem Satz voll Wänschen ihrer Auftraggeber, auf den Weg nach London gemacht. Es steht die nächste Stunde für eine Entscheidung über die Frage: Diktat oder Verhandlungsfreiheit. Es steht so aus, als ob die „bedenkliche Methode“ von Versailles noch einmal angewandt werden sollte. Denn wenn auch den Deutschen, was ja noch verbartet werden kann, eine redaktionelle Überarbeitung des Vertrags der alliierten Verbände eingeräumt wird, so bleibt das im wesentlichen das Gleiche, als wenn man diese Beschlüsse per Post zwecks Unterfertigung überschießt hätte. Das ist es selbstverständlich, daß die deutsche Regierung zu beschwichtigen vermag. Reichsanwalt Marx hat am Sonnabend gesagt, Deutschland stelle seine anderen Bedingungen für die Annahme des Expertenberichts, als einzig und allein dessen stimmungsgemäße Durchführung. Dieser salomonische Vorschlag gilt gleich dem delphischen Orakel nichts an Unklarheit zu wünschen übrig. Die „stimmungsgemäße Durchführung“ des Gutachtens will schließlich jeder, nur daß jeder einen Sinn aus dem Gutachten herausdeutet. Schließlich gab es auch von Versailles manche ungenügende Bestimmungen, z. B. das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Verder hat man es vergessen, es für Deutschland in Anwendung zu bringen. Auch im Bericht der Sachverständigen, wir haben das schon immer betont, sind Dinge ausgeprochen, die sich ungenügend für den wirtschaftlichen und politischen Einheit des deutschen Reiches als Voraussetzung für eine deutsche Leistung nach den aufgestellten Plänen. Über darum handelt es sich ja gerade: Frankreich will diese für uns selbstverständliche Voraussetzung eben nicht mehr anerkennen und will das Recht über die Durchführung des Sachverständigenberichts nur unter neuen weitergehenden Bedingungen räumen. Man sagt wohl nicht zu viel, wenn man die Ansicht ausspricht, der Reichsanwalt hätte seine Auffassung von dem Sinn des Gutachtens gegenüber den sich in der letzten Zeit häufenden irrigen Interpretationen etwas näher erläutern müssen.

Man muß sich deshalb zur Feststellung der wirtlichen Ansicht der deutschen Regierung über diesen Punkt wohl nach anderen Umständen umsehen. Herr Ercemann hat sich in etwas befriedigendem Sinne äußert, aber es scheint, als ob man in seinen Reden weniger den Charakter einer offiziellen Regierungsaussage sehen dürfte als die des Faktikers, der sich den Anstich nach rechts nicht verbanen will. Ganz eindeutig aber ist die offizielle Antwort der Regierung auf den offenen Brief der Deutschnationalen Partei, der die Forderung nach Ablehnung der Militärkontrolle enthält, weil die Voraussetzungen für die deutsche Annahme der Kontrolle durch die Antwort der Vorkonferenzkonferenz hinfallig geworden seien. In dieser Antwort muß man mit Stauern lesen, daß den deutschen Wünschen im wesentlichen entsprochen werden sei! Es sei zugegeben, daß die Militärkontrolle sein sollte, und daß die Art und Weise ihrer Durchführung „im Geiste der letzten Mitteilungen“ gehalten werden soll. Nur die benötigten 5 Punkte, die nach Ansicht der Alliierten noch immer unerledigt sind, werde als nicht den Deutschen entsprechend von der Konferenz abgelehnt, aber die Regierung hoffe, diese Punkte „aus dem Rahmen dieser Inkubation loszulösen“. Ob mit dieser Loslösung ein wesentlicher Fortschritt für Deutschland erreicht werden wird? Man kann das nicht beurteilen, weil man sich die „Loslösung“ nicht recht vorstellen kann. Sicher aber läßt diese Antwort der deutschen Regierung und ihre überraschend frühe Befriedigung recht unliebame Schlüsse zu über die Auffassung, die man in Berlin vom Sinn des Gutachtens hat. Man kann den Verdacht einer allzu nachgiebigen Kompromißbereitschaft haben, die schon befriedigt ist, wenn statt des diplomatischen Briefträgers der Weg der „redaktionellen Mitarbeiter“ in London geschickt wird.

Wenn die amerikanischen Bankiers beständen auf der Priorität der geplanten Anleihe vor allen Reparationen.

### Herricks Verpfählungen.

Vor der Abreise der französischen Delegationen gestaltet sich die Lage wie folgt: Herrick hat sowohl der Kammer wie dem Senat, gegenüber die Verpflichtung übernommen, seinerseits keine Veränderung in den Bedingungen zuzulassen und sich die Rechte der beiden Kammern vorzubehalten, so daß auf jeden Fall die Entscheidung in London der Ratifizierung von Kammer und Senat unterliegen müsse. Unter diesen Umständen wird Herrick als äußerste Grenze gegenüber dem englischen Standpunkte zugehen können, daß ein amerikanischer Delegierter in der Reparationskommission an der etwaigen Feststellung der deutschen Verpflichtungen teilnehmen soll.

### Macdonalds fürchte Macdo.

Die „Daily Chronicle“ schreibt, Macdonald habe eine sehr starke Karte, die er auf der kommenden Konferenz auszuspielen gedenke. Frankreich wolle Geld und müsse es haben, da sonst der Frank in vernichtender Weise fallen würde. Frankreich könne Geld aber nur durch Amerika und Großbritannien bekommen, und die Stellung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern sei im Dawesbericht klar wiedergegeben.





# Filmrausch.

Roman von Reinhold Drmann.

Nachdruck verboten.

Daß sie sich wirklich als seine Verlobte ansah, und daß sie nicht auf einer fortgesetzten Werbung bestand, war ihm für den Augenblick genug.

„Und Sie — nein, ich kann nicht anders; und Du wirst mir während dieser Wartezeit Treue halten; Ist? Du wirst zum erstenmal sehen, daß ich mich voll ins Gesicht überreißung und Erkennen waren in ihrem Blick.“

„Wäre ich hierher gekommen, wenn ich mich mit solchen Gedanken trüge?“

„Berg! Aber Du mußt meine Sorge verstehen. Wohl jeder, dem ein überhängendes Glück in den Schoß fiel, zittert davor, es könne ihm unter den Händen wieder zürinnen.“

„Das ist töricht. Wenigstens soweit es sich um mich und um meine Beständigkeit handelt. Sie sollten mich das nicht wieder fragen.“

„Ne wieder, Ist — nie! Nun ich Dich gesehen und Deine Liebe Stimme gehört habe, bin ich ja auch wieder stark und gerüstet für jeden Kampf.“

„Ja glaube, das Mädchen hinter dem Abendlich ist schon aufmerksam an uns geworden. Sie sieht beständig zu mir herüber. — Ist das jetzt fortgehen — nicht wahr?“

„Was für ein süßes dummes Kind sie doch noch ist!“ dachte Oswald. Schade, daß er sie nicht in seine Arme nehmen und abtuschen durfte! Aber er wagte es nicht einmal, unter dem Tische nach ihrer Hand zu greifen. Wahrscheinlich hätte sie es für eine Beleidigung ihrer Mädchenwürde genommen und wäre ihm ernstlich böse gewesen. So ließ er es ohne Widerspruch gehehen, daß sie aufstand und zu der Verkäuferin trat, um ihren Kaffee, den sie nicht angerührt hatte, selbst zu bezahlen. Mächtig nur reichte sie ihm, der sich selbstverständlich ebenfalls erhoben hatte, die Hand.

„Sie müssen noch eine Weile hier bleiben. Das Mädchen würde sonst denken, Sie gingen mir nach.“

„Und wann sehen wir uns wieder?“

„Ich weiß nicht. Wann der Zufall es so will.“

„Ich darf Dir auch nicht schreiben?“

„Sie schüttelte den Kopf.“

„Wozu? Ich höre ja hier und da von Hilde, wie es Ihnen geht.“

„Sie ging, und Oswald sah, wie eilig sie draußen am Fenster vorbeiberührte.“

„Wenn Du uns jetzt belauscht hättest, mein langes Schwärmen“, sagte er bei sich selbst. „Du würdest vielleicht noch weniger als zuvor von der Leidenschaftlichkeit ihrer Liebe überzeugt sein. Aber das ist ja auch ganz einleuchtend. Wenn sie nur meine Frau wird!“

„Und daß sie es eines Tages sein würde, galt ihm bereits als unumstößliche Gewißheit.“

Aber der heutige Tag sollte ihm noch eine sehr fatale Ueberraschung bringen. Er hatte kaum in seinem Privatkontor Platz genommen, als Wolfgang Reinhardt eintrat.

„Ich hoffe, Sie haben ein paar Minuten Zeit für mich, Herr Holzbach.“

„Für Sie selbstredend immer, lieber Herr Reinhardt! Darf ich Ihnen eine Zigarette?“

„Danke sehr.“ „Ich möchte Ihnen eine Mitteilung machen, zu der ich mich im Interesse des Hauses verpflichtet fühle.“

„Bitte — ich bin ganz Ohr.“

„Es ist mir von durchaus vertrauenswürdiger Seite gesagt worden, daß Herr Paul Steiner unflinige Verbindung mit den Selbsten treibt, die wir ihm zur Verfügung stellen.“

„Holzbach lächelte.“

„Der diese vertrauenswürdige Seite ist, darf man wohl nicht erfahren.“

„Doch. Ich bin ausdrücklich ermächtigt, den Namen zu nennen, das ist mein Freund, der Architekt Volker, der bis vor einigen Wochen bei der Baufirma Haffke & Berger tätig war.“

„So — so! — Und worin soll die Verschwendung des Herrn Steiner bestehen?“

„Die von ihm gestauten und mit unserm Geld bezahlten Grundstücke sind viel zu teuer erworben. Ungeheuerlich hat Herr Steiner mit Vermittlerprovisionen wie toll umhergeworfen. Denn daß ein Teil des Geldes in seine eigene Tasche geflossen wäre, wage ich nicht zu behaupten.“

„Entschuldigen Sie eine Zwischenfrage: Sie glaubte bisher, Sie seien mit Herrn Direktor Steiner persönlich befreundet.“

„Mit ihm — nein, gewiß nicht. Aber wenn ich es auch wäre — was hätte das mit der Beurteilung seines geschäftlichen Gebarens zu schaffen?“

„Richtig. — Sie haben recht. Und diese Angelegenheit war die einzige, die Herr Volker gegen Sie erheben könnte?“

„Nein. Eine ungleich größere Leichtfertigkeit sieht er in dem Bauabschluß des Baubetrages mit Haffke & Berger. Er erklärt, daß jede andere solide Firma für die Hälfte der ausbezahlungen Mietenjumbo gebaut hätte.“

„Etwas läßt sich. Sie sagen, Herr Volker sei nicht mehr bei Haffke & Berger beschäftigt. Finden Sie es nicht ein bißchen merkwürdig, daß er jetzt die Geschäftsgeschäfte der Firma zu ihrem Schaden vertritt?“

„Es handelt sich nicht um Geheimnisse. Der Vertrag und die Kostenanschläge haben dem Bankhausie Clemens Reinhardt vorgelegen. Und ebenso wie Sie doch wohl das Urteil von Sachverständigen eingeholt haben, muß es jedem anderen Fachmann freistehen, sich über die Angemessenheit der geforderten Preise zu äußern.“

„Nun, man kann aber die Handlungsweise des Herrn Volker denken wie man will. Wenn ich recht verheße, sind Sie gekommen, um Auffklärung oder eine Art Rechtfertigung von mir zu fordern.“

„Dazu bin ich nicht befugt. Ich hielt es nur für loyal, mich zunächst an Sie und erst dann an meinen Vater zu wenden.“

„Vielen Dank! Aber was ist es denn nun eigentlich, das Sie von mir erwarten?“

„Mein Freund Volker“, und er legte auf das Wort „Freund“ einen besonderen, nicht mißzuverstehenden Nachdruck, „hat auf meine Bitte aus dem Gedächtnis eine Aufstellung gemacht, die zu beweisen scheint, daß sich bei klügerem Vorgehen des Herrn Steiner eine Summe von anderthalb zwei Millionen hätte ersparen lassen. Ihn ihm dürfen wir, wie ich denke, allerdings eine Rechtfertigung seines Gebarens fordern. Und es wäre mir lieb, wenn Sie das bereits getan hätten, ehe mein Vater mit Ihnen über die Angelegenheit Rücksprache nimmt.“

„Haben Sie die Aufstellung bei der Hand?“

„Da ist sie. Machen Sie davon jeden Gebrauch, der Ihnen zweckmäßig erscheint. Ich habe eine Abschrift zurückbehalten.“

(Fortsetzung folgt.)

Die glückliche Geburt eines  
**Sohnes**  
zeigen hocherfreut an  
Merseburg, den 16. Juli 1924  
Beg.-Bat Dr. Ludwig Frhr. v. Preußchen  
von und zu Liebenstein  
und Freifrau Marianne v. Preußchen  
geb. v. Rogau und Altdorff.

Ihre Verlobung zugleich im Namen  
ihrer Eltern geben bekannt  
**Toni Wittig**  
**Fritz Rehork**  
Zweimen, 15. Juli 1924 Sülkau.

**Großes Frei-Konzert**  
nächsten Freitag  
den 18. 7. 24, abends 8 Uhr im  
„Tivoli“-Garten  
ausgeführt von  
**Mandolin-Verein Merseburg.**  
Freunde und Gönner herzlich willkommen.  
Der Vorstand. Der Wirt.

**MUELLER'S HOTEL**  
Bier- und Weinrestaurant  
Konferenz- und Clubzimmer  
Großer Festsaal  
Anerkannt gute Küche  
Von 12 bis 2 1/2  
preiswerter Mittagstisch  
Abonnement  
**MERSEBURG** Telefon Nr. 9

Sie kaufen nach wie vor  
**Schokoladen :: Bonbon**  
**Rakao :: Reks**  
sowie alle anderen Süßigkeiten  
am vorteilhaftesten  
bei der bekannten  
**Schokoladen-Spezial-Großhandlung**  
**Willy Voigt, Halle, Markt 6,**  
vormals Kadran & Co., Ecke Schillershof, Telefon 4736

Empfehle für die  
warme Jahreszeit **Steppdecken**  
Spezialität prima **Damen-Decken**  
Schlaf-Decken, Kamelhaar-Decken, besonders  
preiswert Kinderwagen-Steppdecken  
**Otto Dobkowitz, Entenplan 8.**

**Radio-Amateure!**  
Verlangt in den Geschäften nur  
**Original-Nuk-Kopfhörer**  
der Fabrik Neufeldt und Kuhaba, Kiel.  
Wir stehen wegen der gleichmäßigen Güte des Fabrikates auch  
in den ausgesprochenen Nachbarländern, wie Nordamerika und  
England an ersterer Stelle.  
Wir warnen vor dem Kauf minderwertiger, billiger Fabrikate.  
Generalvertretung für den Freistaat Sachsen:  
**P. Budin, Leipzig, Simonstr. 5, Tel. 20481**  
Rundfunkempfang ohne Postanmeldung ist verboten u. strafbar.

**Zwangs-Versteigerung.**  
Donnerstag, den 17. d. M., vorm. 11 Uhr,  
versteigert ich im Gasthof „Zur Sonne“ hier  
**1 Rollwagen und**  
**2 vierzöll. Kastenwagen**  
höfentlich meistbietend gegen Barzahlung.  
**Pietzner, Ober-Gerichtsvoßführer.**

**Möbel**  
mit  
**Teilzahlung**  
Große Auswahl, Billige Preise.  
Kleine Anzahlung.  
Bequeme Wochen- oder  
Monatsraten nach  
Wunsch der Käufer  
**Eichmann & Co.**  
Halle a. S.  
Gr. Ulrichstr. 51

**Druckfachen aller Art**  
wie Formulare für Behörden, alle Druck-  
fachen für die Industrie und Geschäftswelt  
liefert schnell und preiswert bei laubender  
— Ausführung die Buchdruckerei des  
**Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).**

**Theaterglas Mignon,**  
zweifache Vergrößerung, solange  
alte Bestände vorhanden sind,  
einschl. Porto und Verpackung  
zu **Mk. 9,—** gegen Nachnahme.  
Versäumen Sie nicht, von diesem  
außergewöhnlich günstigen An-  
gebot Gebrauch zu machen.  
Gewehrfabriken  
**Emil Kerner & Sohn,**  
Suhl i. Thür.

**Fahrrad-Mäntel**  
**Schläuche**  
**Zubehör u.**  
**Ersatzteile**  
Reparaturen  
Emailieren  
Verkeilen u.s.w.  
Große Auswahl Mäßige Preise  
**Max Schneider, Merseburg A. S.**  
Mechanikermeister, Schmale Straße 19.  
Telephon 479.

**Elektr. Licht- und Kraftanlagen**  
für Industrie und Landwirtschaft  
sowie sämtliche Reparaturen schnell u. preiswert.  
**Lager von Motoren jeder Größe :**  
zu billigsten Preisen.  
**Paul Gerecke,**  
Büro für Elektrotechnik  
Telephon Nr. 173. Merseburg Gumbd. Str. 44

**Carellin**  
verarbeitet Motoren in 1/2  
Minute, ebenso Mägen,  
Mäcken, Bremsen, Arzelen  
im Haus u. Stall, 80 u.  
150 Hg. v. S. Baedeker,  
Berlin SW. 61.  
**Verkaufsstelle**  
zu vergeben.  
Leistungsfähig, Spez. Firma  
lucht. & Betrieb preisw.  
Sachverständigen an Private u.  
Händl., tücht. reelle Leute.  
Für kl. Lager 50-100 Mk.  
erforderl. Off. Gültig bis 22.  
Bresden u. 21.  
Suche zum 1. August  
ein tüchtiges, fleißiges  
**Dienstmädchen**  
nicht unter 17 Jahren,  
Frau Inspektor Speierstein,  
Ritterg. Radweg  
bei Nieder-Coburg.

**Wer** ist jungem,  
Ehepaar freundlich möbl.  
**Zimmer**  
m. Kochgelegenheit geg.  
gute Bezahlung? Wünsche  
wid. erfüllt. Ang. unt.  
O. F. 111 on die Exp.  
dieses Blattes.  
1-2 einfach  
**möbl. Zimmer**  
mit Kochgelegenheit von  
lg. Ehepaar v. 1. 8. gelüdt.  
Angeb. m. Pr. unt. N. 50  
an d. Fil. Gottardstr. 38.  
**Lehrerin**  
lucht  
**möbliertes Zimmer**  
Angebote unter B. 24  
an die Exped. d. V. erb.  
**Herr Zimmer** Ang. u.  
S. A. 602 a. d. Exp. d. V

**Achtung! Landwirte!**  
**Vor der Wahl**  
v. Garbenbindern u. Getreidemähern  
überzeugen Sie sich von meiner Leistungsfähigkeit  
und ziehen Sie mich als **Fachmann** zu Rate.  
Die Fabrikate  
**Hindenburg**  
**und Krupp**  
halten, was sie versprechen.  
In diesen, wie in sämtlichen landwirtschaftlichen  
Maschinen und Geräten, nur erstklassige Fabrikate,  
unterhalte ich dauernd großes Lager. Hierdurch biete  
ich Ihnen den großen Vorteil, daß Sie bei mir zu  
Preispreisen kaufen und sich dadurch vor Preis-  
erhöhung schützen.  
Besuchen Sie mich und beschaffen  
Sie ohne Kaufzwang mein Lager.  
**Reinhold Kühner (Walter Kühner)**  
**Maschinenfabrik Hohenmölsen.**  
Telephon 374. Telephon 374.

Bauer und Schutzzölle.

von Landwirt Christ, W. d. R.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat kürzlich wieder eine Redung darüber aufgemacht, welche landwirtschaftlichen Besitzgrößen nach seiner Meinung Vorteile von Schutzzöllen haben. Da dies es J. über kleinbäuerliche Betriebe von 2-20 Hektar, sie hätten von Getreidezöllen keine Vorteile, weil sie durchweg Getreide- und Futtermittel für die Viehzucht zukaufen; mit aller Entschiedenheit werde von diesen kleinen Betrieben eine Verteuerung von Futtermitteln abgelehnt. Bei bäuerlichen Betrieben von 20-100 Hektar wird zwar zugegeben, daß sie Schutzzölle verlangen, doch wird hinzugefügt, die meisten seien sich nicht darüber klar, daß sie nur die Vorteile des Großgrundbesitzers genießen.

Wir Bauern des Westens und des Südens kennen diese Melodie. In jedem Wahlkampf möchte man uns wegen unserer Überzeugung, daß Groß und Klein in der Landwirtschaft zusammengehören, als Schlepenträger des Großgrundbesitzes hinstellen; und bekennen wir uns überzeugungsgemäß zum Reichslandbund, so arbeitet man gegen uns nur zu gern mit dem Einwand, wir Bauern des Westens und Südens würden im Reichslandbund keinen nennenswerten Einfluß haben. Die oben zitierten Bemerkungen des „Vorwärts“ sind für gewisse Mitländer durchaus typisch; mancher lustigstehende Bauer gibt sich den Anschein, als könne er das, was uns Bauern nicht ist, besser beurteilen als wir selbst.

Wesentliche Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen übersehen wir natürlich nicht. Fast täglich empfinden wir, daß dem Kleinbauern des Südens und des Westens die Produktion viel schwerer fällt, als den größeren Betrieben in Mittel- und Ostdeutschland. Allein die Verpfändung des Grund und Bodens bedingt nachhaltigere Anstrengungen. Dem stehen aber auch für uns Vorteile gegenüber, vor allem im Einkippen der Deputate. Je härter aber der Kleinbauer des Westens und Südens um seinen Fortbestand zu ringen hat, um so größeren Wert hat er darauf zu legen, daß die Mengen von Erzeugnissen, die er über den Eigenbedarf hinaus verfügbar hat, auch wirklich zu angemessenen Preisen abgehen kann. Da komme man uns nicht mit dem Gerede, der Auf nach Schutzzöllen werde in der Hauptsache beim Großgrundbesitzer des Ostens laien. Der Schutz des heimischen Getreidebaues ist für uns nicht minder von Bedeutung; ebenso verlangt unser wohlverstandenes Bedürfnis den Schutz von Gemüse und Obst, von Tabak und Weinbau. Gerade die Kleinbauern des Westens und Südens erzeugen große Mengen von Schafwolle, wollehaltig mehr als der größere Weidner. Diese Schafzucht ist für die heimische Wolllandschaft besonders wertvoll, weil unser Vieh mit fetterzeugten Futtermitteln gemästet wird. Will man uns besonders Wohlwollen zeigen, so schaffe man uns Erleichterungen beim Bezug von Trogenhühnern, Trachtenreibern und Kleide, da infolge der Spekulation des Handels treiben gegenwärtig die Preise für die Wollartikel der Wollwollproduktion höher liegen als früher.

Nur glaube man nicht, man könne uns mit dem Geringszoll sprechen. Futtermittel muß denselben Zollfuß unterliegen wie Braugerste; hat doch die Erfahrung gelehrt, daß ständig größte Mengen von Braugerste unter dem Namen Futtermittel vom Auslandszoll frei hereingekommen sind und damit den Gerstenbau, der im Süden und Westen von besonderer Bedeutung ist, ernüchtert haben. Wie schon hervorgehoben, ist unsere bäuerliche Viehzucht auch um deswillen besonders wertvoll, weil sie sich überwiegend auf selbstgezeugte, ebenfalls auf landwirtschaftliche Futtermittel stützt, auf Ase, Gras, Karstoffeln u. m. Durch die planmäßig geführte Grünlandwirtschaft werden unsere einheimischen Futtermittel erdreichere Weise ständig vermehrt, so daß die Futtermittel bei weitem nicht mehr die Rolle spielen, wie vor dem Kriege. Es kommt hinzu, daß Trocken, Karstoffeln und Karstoffellen ein weit besseres Futtermittel darstellen als Gerste. Wird trotzdem in einem Teil der großhändlerischen Blätter noch immer laut nach der möglichst ungehinderten Einfuhr von Futtermitteln gerufen, dann wirkt sich nicht aus Liebe zu den bäuerlichen Viehzüchtern, sondern mit Rücksicht auf die industriellen Schweinezüchtereien. Auch diese aber haben sich nun endlich der volkswirtschaftlichen Erwägung angeschlossen, daß man auf die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse zu verzichten hat, wenn gleichwertige heimische Produkte zur Verfügung stehen.

Seitens des Bauernvereins der Reichslandbundes ließen die Hauptung, ein Weidner von 60 Morgen könne kein Getreide verkaufen, sei also auch nicht auf Getreidezölle angewiesen. Diese Darstellung ist durchaus unzutreffend. Wir sind Fälle bekannt, in denen Weidner von noch weniger Land in einem Jahre bis 400 Zentner Getreide verkauft haben. Auch beim Schutz der nationalen Arbeit gibt es eben zwischen landwirtschaftlichen Klein- und Großbetrieben keine unüberwindlichen Gegensätze. Uns alle eint die Überzeugung, daß das, was im eigenen Lande hergestellt werden kann, aus volkswirtschaftlichen Rücksichten, nicht zuletzt auch aus Rücksicht auf den Verbraucher, gefördert werden muß. In dem lästlichen Schutz ihrer Produktion ist uns Landwirten die deutsche Industrie weit voraus. Wir verlangen keine Bevorzugung.

Unsere berechtigte Forderung ist nur die, mit demselben Maße gemessen zu werden, das man gegenüber der Industrie seit langem anwendet und dort als selbstverständlich empfunden hat. Als ich am Donnerstag morgen einen Brief in die Berliner Morgenzeitung warf, war ich erstaunt über die tendenziöse Stellungnahme der dortigen Einblätler. Brot, Zucker und Hungerpreise (Vorwärts) - Wiedereinführung von Agrarzöllen höchst bedenklich (Berliner Tageblatt) - die Zollvorlage ein hochpolitisches Kaufgeschäft (Roh) - Agrarzölle als Belohnung für die Deutschnationalen (Berliner Volkszeitung). Hat man in diesen Berliner Blättern wirklich kein Verständnis dafür, daß der Kampf der Landwirtschaft um ihren Fortbestand nicht auf selbstige Rücksichten, sondern auf höchste nationale Erwägungen zurückzuführen ist? Hat man noch immer nicht erkannt, daß das hohe Ziel der Wahlfreiheit gerade zum Besten des Verbrauchers zu erstreben ist? Will man sich der Wahrheit noch lange verschließen, daß die Landwirtschaft und besonders die bäuerliche Viehzucht nach den hohen Kriegserzeugnissen als Quell billigerer Futtermittel doppelt unentbehrlich ist? Mit den übrigen Teilen des Volkswirtschaftlichen

auch wir Kleinbauern überzeugt für den lästlichen Zollschutz ein, wir glauben damit der Zukunft des Reiches und dem wirtschaftlichen Neuaufbau den denkbar besten Dienst zu erweisen.

Reichslandbund und Zollvorlage.

Vor Vertretern der Presse entwickelte am Montag der Präsident des Reichslandbundes Graf Raacke den grundsätzlichen Standpunkt des Reichslandbundes zur Zollpolitik. Mit der neuen Zollvorlage sei von der Regierung kein neuer Weg der Zollpolitik beschritten worden. Die Zollpolitik solle sich zur Zeit vorwiegend nicht abgeben und sollten sich im Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Agrarzölle erörtern werden, sobald in der Zollvorlage nur eine Veranschaulichung des grundsätzlichen Standpunkts zu ersehen sei. Die gedrückte Lebenshaltung in Stadt und Land mache die Befürchtung über eine neue Lebensmittelverteuerung verständlich. Aber die Alternative lautet nicht: Soll der Landwirt oder der Konsument besser gestellt werden, sondern: In die Intensivierung der Landwirtschaft im Gesamtinteresse notwendig der Preis zu erhöhen? Eine solche Lage der Landwirtschaft wie in der letzten Zeit würde im Sinne einer Konzentration des Landbesitzes, während gute Zeiten die Bildung von Kleingrundbesitz in gesundem Umfang ermöglichen. Die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung durch Einfuhr scheitert zur Zeit nach Lage der Dinge an mangelndem industriellen Auslandszoll. So ließe nur die Anknüpfung des eigenen Bodens. Die Intensität der Agrarproduktion sei aber abhängig von dem in den Boden gesteckten Kapital. Billige Lebensmittel nützen nichts, solange nicht für die breite Masse Verdienstmöglichkeiten, also Arbeit, vorhanden sei und Arbeit habe einen regelmäßigen Zinssatz zur Beschäftigung, dessen Grundlage die Kaufkraft der Landwirtschaft sei. Die Befürchtung einer Verteuerung der Lebensmittel durch die Agrarzölle wären unbegründet, soweit die entsprechenden Maßnahmen getroffen würden um die augenblicklich ungewöhnlich hohe Spanne zwischen den Erzeugerpreisen und den Kleinabnehmerpreisen zu verringern. Hierzu gehöre der Abbau der Umwälzkraft, wie er in beschränktem Umfang in der Regierungsvorlage vorgesehen sei, eine zweckmäßige Tarifpolitik der öffentlichen Verkehrseinrichtungen zum Ausgleich der langen Frachtdistanzen aus den südlichen Produktionsgebieten nach den westlichen Verbrauchsgebieten und eine Umschaltung des überflüssigen Zwischenhandels unter Anbahnung direkter Beziehungen zwischen den Produzenten, Erzeugern und Verbrauchern. In die Ausführungen schloß sich eine längere Ausdrucksweise, in welcher u. a. darauf hingewiesen wurde, daß augenblicklich durch den Rückgang der Agrarproduktion Deutschland ein jährlicher Verlust von 400 Millionen W. M. erwachse. Auch die brennende Kreditfrage der Landwirtschaft sei eine Mentalitätsfrage und damit eine Zollfrage.

„Friedenslandgebung“.

Der „Vorwärts“ ist, soweit wir es zu übersehen vermögen, das einzige in Betracht kommende „deutsche“ Blatt, das über eine „Friedenslandgebung“ berichtet, die von deutschen und französischen Verbänden gemeinsam veranstaltet wurde und abgehalten werden soll. Eine solche Landgebung auf dem Boden in „Walden“, hat nach der Zeitung Seite hatten sich neben der sozialdemokratischen Partei und ihren Gewerkschaften und Wirtschaftsvereinigungen auch die Demokraten beteiligt, deren Parteileitung es eben für notwendig gehalten hat, in einem Rundschreiben die lokalen Parteileitungen davon in Kenntnis zu setzen. Daß eine Teilnahme an Veranstaltungen „wieder einmal“ ein „nationalistisches Unerwünscht“ sei. Die Wälder Landgebung ist, ganz abgesehen von ihrer völligen Unmöglichkeit, eine große Gefahr, weil, wie ich schon sagte, die Herrn Herrlein nicht fernhalten, im Angesicht der französischen Gewerkschaften und der französischen Regierung, die eine „Landgebung“ zwischen Deutschland und Frankreich zu predigen wagen. Im übrigen scheint die ganze Landgebung nur darauf angelegt zu sein, Herrn Reichslandsrat Stille zu unterstützen, um vor allem Gelegenheit zu geben, sich als den berufenen Anwalt der Arbeit und Ausgehenden anzusehen. Ich würde mich freuen zu erfahren, daß kein dem französischen Ministerpräsidenten Herrriot aufgedrängter Besuch irgendwie der deutschen Sache schädigend gewesen sei. Herr Reichslandgebung hat aber die Stirn, angesichts der Partier Umwälzungen und noch unter dem Klang der Senatsrede Herrriots zu behaupten, die französische Politik sei kein nicht mehr die Politik des „Friedens“. Eine Behauptung, die in geeigneter Weise auszunutzen der Wälder Landgebung des Herrn Herrriot unter Leitung Veretti della Rocca nicht verfehlen wird.

Zur Entwertung des Grundbesitzes.

Der deutsche Grundbesitzmarkt ist zum Teil durch die Inflationsdrücken, zum Teil aber auch durch die Steuererhebung der Nachkriegszeit sowie namentlich durch die Kreditfreis willig auf den Kopf gestellt worden. Für unbedachte Grundbesitzer mangelt es zur Zeit noch an den notwendigen Mitteln, um den Wert ihres Grundbesitzes in Preisbestimmung gewinnen zu können. Baustellen sind fast unverkauflich, weil nicht gebaut werden kann. Aber auch bei bebauten Grundbesitz haben sich noch keine festen Grundpreise für die Wertbestimmung herausgebildet. Spielten früher Wertbestimmungs, Rentabilität und anderes mehr eine ausschlaggebende Rolle, so ist das jetzt zum großen Teil durch den Preisrückgang in erster Linie der bürgerlichen Eigentumsgegenstände geschehen. In einem westlichen Berliner Vorort wurde der Wohnzweck. Daraus ergeben sich häufig erhebliche für den Verkäufer in Betracht, in der Regel für geschätzliche 3. D. eine gut bürgerlich möblierte 6 Zimmer-Willa für 120000 Mark verkauft, während gleichzeitig an anderer Stelle eine Villa mit 10 Zimmern für 100000 Mark ohne Möbel 50000 Mark erzielt werden konnte. Große Wohnhäuser werden jetzt häufig zu Preisen angeboten, die noch nicht einmal 10 v. D. des Friedenspreises betragen, wobei Hypotheken nicht mehr in Frage kommen. Der Käuferpreis hat sich der gegenwärtigen Weltanschauung angepaßt. Mit wenigen taufen Markt kann man heute „Hausgüter“ werden. Der Verding kommt das die Erde oft nach, denn an einem Grundbesitzverkauf nimmt der Käufer besonderes Interesse und nicht selten stellt auch die Gemeinde nach dem Besitzwechsel an den Käufer Ansprüche hinsichtlich der Reparaturen, die von diesem nicht vorzusehen waren. Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß man heutigen Tage mit wenig Geld Grundbesitz erwerben kann. Verdingmäßig am besten sind augenblicklich die Hausbesitzer gestellt, die hart durch Hypotheken belastet waren und diese mit entwertetem Geld während der Inflationszeit abbezahlen konnten. Solange aber die gegenwärtige

Verteuerung des Grundbesitzes bestehen bleibt, ist an eine Erholung des Grundbesitzmarktes, an eine namhafte Erhöhung der Grundbesitzpreise und an eine umfassende neue Bautätigkeit kaum zu denken.

Der Fall „ausländische Presse“.

Die amerikanischen Mitglieder des Vereins der ausländischen Presse haben an den Vorstand des Vereins ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihre „schärfste Mißbilligung“ der Form und des Tonnes des am 8. 7. an die Mitglieder gerichteten Briefes des Vorstandes des Vereins ausdrücken. In jenem Brief war den der Vorstand ohne vorherige Befragung der Mitglieder an den Reichsanwalt Marx, Außenminister Stresemann und andere offizielle Stellen sowie an die Presse geschickt hatte, wurde der Brief des Vorstandes mitgeteilt, wegen angeblichen Nichtentgegenkommens seitens der Behörden in Post-Steuer- und anderen Fragen der Presse mit Weisung und Landbeschlüssen, deutschen Interessengemeinschaften und gesellschaftlichen Verbänden abzugeben. In ihrem an den Vorstand gerichteten Schreiben drücken die amerikanischen Korrespondenten ihr Bedauern aus über das durch den Brief des Vorstandes erregte Verlegen. Eine Kopie des Briefes der amerikanischen Briefsteller wurde an das Bundesbüro Amt geschickt. Der amerikanische hat übrigens der Verein ausländische Presse den Rückzug angetreten und sich einen neuen Vorstand gewählt.

Rentenbriefe auf wertbeständiger Grundlage.

Die Bildung von Rentenbüchern in der Provinz Westfalen und damit die Förderung der ländlichen Siedlung scheiterte, so wurde in einer kleinen Anfrage im preussischen Landtage ausgeführt, fast ausschließlich daran, daß die Rentenbriefe auf die Basis der Wertbeständigkeit der Rentenbüchern auf die Rentenbank unterlag. Es wurde in der kleinen Anfrage auf einen preussischen Gelegenheits hingewiesen, der die Ausgabe von Rentenbüchern auf wertbeständiger Grundlage vorschlägt, und das Staatsministerium um Bestätigung der Wertbeständigkeit dieser Gelegenheitsbriefe ersucht. Die Wertbeständigkeit der Rentenbriefe ist durch die preussische Finanzminister zugleich im Namen des Landwirtschaftsministers die Anfrage folgenbezüglich: „Die bei der Ausführung der ländlichen Siedlung auftretenden finanziellen Schwierigkeiten erklären sich aus der allgemeinen Kreditnot. Durch die Ausgabe wertbeständiger Rentenbriefe wird dem Kreditwesen ein wertbeständiges Material zugeführt auf sehr große Schwierigkeiten steht. Die Vorbereitungen für ein Gesetz, das die bestehenden Rentenbanken zu einem den Anforderungen der Gegenwart entsprechenden Kreditinstitut ausbauen soll, stehen vor dem Wägen. Es ist zu erwarten, daß das Gesetz im Laufe der nächsten Monate eine entsprechende Vorlage gemacht werden kann.“

Die Differenzen zwischen Zentrum und bayer. Volkspartei.

Der vor einiger Zeit zwischen dem Zentrum und der bayerischen Volkspartei durch Vermittlung des Reichsanwaltes eingeleitete Verhandlungsgang haben sich neue Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Der Vorstand der Zentrumspartei der Pfalz wurde vor einem faulen Kompromiss und sagt in einer Kundgebung, daß eine Einigung der beiden Parteien nur möglich sei, wenn die bayerische Volkspartei zur Zentrumspartei wieder zurückkehrt.

Amerika im Wahljubiläum.

Spekulationen der Zeitungen über die Wahlausichten der verschiedenen Kandidaten für die Wahl zum 1. Juli im Nordwesten des Interesses, obwohl auch der kommenden Londoner Konferenz weitgehende Beachtung geschenkt wird. In diesem Zusammenhang hat auch die letzte Berliner Rede des Reichsanwaltes Marx großes Interesse erregt, doch halten die Blätter mit ihren Kommentaren sehr zurück. In die Atmosphäre der Konferenz seinen Kandidaten für die Wahl anzufragen. Was die Wahl anbelangt, so steht der derzeitige Präsident Coolidge als der aussichtsreichste Kandidat an der Spitze. Seine Wiederwahl erscheint gesichert, doch wird er alle Anstrengungen machen müssen, um zu verhindern, daß der nächstausichtsreichste Kandidat, A. F. Lee, nicht für die Wahl zum Präsidenten durch den Kongress vorgeworfen werden muß. In diesem Falle kann es sehr leicht möglich sein, daß einer der Vizepräsidentenkandidaten, nämlich der General Daves oder der Gouverneur Bryan, zum Präsidenten gewählt wird. Man rechnet darauf, daß Coolidge ungefähr 6-7 Millionen Stimmen besonders in den Mittelstaaten erhalten wird. Seine Wahl ist so gut wie ausgeschlossen, aber seine Erfolge bei der Wahl werden den Anstoß zu einer großen Bewegung für eine sogenannte „dritte Partei“ geben, deren Gründung, wie bekannt, vollständig zurückgelehnt hat. In beiden Lagern der Hauptgruppen der Republikaner und Demokraten, macht man große Anstrengungen, den Anstoß einzelner Gruppen der Partei hier und dort im Land mit allen Mitteln zu verhindern, denn Coolidge kann naturgemäß keine Stimmen nur durch Abfall von Anhängern der beiden alten Parteien erhalten. Im allgemeinen wird betont, daß das Land im großen und ganzen gegen jede radikale Strömung eingestellt ist, und daß dadurch dem „Radikalisieren“ Coolidge die Chancen erleichtert werden. Die Parole Radikalismus auf der einen und Konservatismus auf der anderen Seite wird also neben der Frage des Dawes-Vertrages und des Eintritts in den Weltkrieg ebenfalls eine „Planke“ der Plattform der Kandidaten bilden.

Unruh ist der Welt Sohn!

An der Berliner Jugendgruppe des Deutschen Republikanismus hat sich ein „Bund der Jugend“ gebildet, der sich als „Bund der Jugend“ bezeichnet. Die Generalversammlung, auf der die Auflösung beschlossen wurde, verlief außerordentlich hitzig, und es kam zu scharfen Wortwärgen gegen den Reichspräsidenten, daß dieser in der Generalversammlung anwesend sein sollte. Wie man hört, gegen den Reichspräsidenten seines Vaters Strafanzeige erstattet hat. Unter anderem handelt es sich dabei um die Behauptung, daß die Abweisung des tatsächlichen Kabinetts Feigener ein Akt des Hochverrats gewesen sei.

Certan wärmerer Wägen... (Advertisement for Certan medicine)

